

Exposé zum Dissertationsvorhaben:

Nationalismen im Kosovo und ihre Stakeholder
Identitätspolitische Strategien zwischen interethnischen Konflikten und Europäischer Integration

Betreuerin: Dr. Christina Griessler

Zentrale Forschungsfrage:

„Welche verschiedenen identitätspolitischen Strategien und Narrativen werden im Kosovo von welchen Akteuren zu welchem Zweck und mit welchen Folgen unterstützt?“

Schlüsselkonzepte:

Nationalismen; Identitätspolitik; interethnische Konflikte; Europäische Integration/Europäisierung

Aufbauend auf Theorien und Methoden aus dem Umfeld der poststrukturalistischen Politischen Geographie und der Kritischen Geopolitik zielt meine Dissertation darauf ab, ethno-territoriale Argumentationsmuster und diskursive Handlungsstrategien verschiedener interner wie vor allem externer Akteure und Gruppen („Stakeholder“) in Bezug auf die Nation Kosovo zu dekonstruieren und daraus resultierende (geo-)politische Spannungsfelder zu erklären.

Im zweiten Schritt erfolgt dann eine empirische Analyse der politischen und gesellschaftlichen Folgen in Kosovo und auf die (geo-)politische Ausrichtung des Landes. Da sowohl vonseiten der kosovarischen Regierung und (Zivil-)Gesellschaft als auch durch die Europäische Union ein etwaiger EU-Beitritt angestrebt wird, steht diese Perspektive im Mittelpunkt der Betrachtung. Transformations- und integrationstheoretische Ansätze werden dazu genutzt, die Entwicklung des kosovarischen Nationalstaats und potenziellen EU-Beitrittskandidaten zu analysieren.

Ziel der Arbeit ist es, aufbauend auf der Dekonstruktion der interessenbasierten Strategien zentraler Akteure dominante Erzählungen der europäischen Integration in Bezug auf Kosovo sowie deren Brüche sichtbar zu machen und zu hinterfragen, um so eine neue Bewertung zu ermöglichen und daraus Zukunftsperspektiven sowie Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Um den Forschungsrahmen einzugrenzen, werde ich mich nach einer breit angelegten Analyse der verschiedenen Stakeholder also vor allem auf die EU und ihre Mitgliedsstaaten konzentrieren und Strategien sowie Widersprüche in deren Ansätzen aufzeigen. Folgende Unterfragen ergeben sich:

- Welche staatlichen und nichtstaatlichen Akteure sind in diesem Kontext relevant? In welchem Verhältnis stehen die unterschiedlichen Akteure/Strategien zueinander und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?
- Welche identitätspolitischen Narrative nutzen sie? Welche Nationalismen sprechen sie damit jeweils an?
- Welche (geo-)politische Motivation bedingt das jeweilige Narrativ/die jeweilige Strategie?
- Welche Rolle spielen interethnische Konflikte für diese Aushandlungsprozesse? Wie werden diese einerseits und externe Friedens- und Staatsaufbaumaßnahmen zu deren Beilegung andererseits in diesem Kontext rezipiert und genutzt?
- Welche konkreten Handlungen und Konsequenzen ergeben sich dadurch vor Ort?
- In welchem Verhältnis steht die Position der EU zu denen der einzelnen Mitgliedsstaaten? Welche Spannungsfelder und Brüche bestehen in der Herangehensweise innerhalb der Union, etwa zwischen Kommission und Europäischem Rat?

HINTERGRUND

Kosovo in seinen heutigen Grenzen war von 1945 bis 1992 Teil der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, ab 1974 mit weitgehender Autonomie einschließlich einer eigenen Verfassung. 1989 schränkte die Regierung unter dem damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević den autonomen Status Kosovos innerhalb Serbiens drastisch ein und verfügte die kulturelle Unterdrückung der ethnischen albanischen Bevölkerung. Die albanische Mehrheit erklärte 1991 in einem Referendum unbeachtet von der internationalen Gemeinschaft die Unabhängigkeit Kosovos und leistete sowohl mit gewaltfreien Methoden als auch bewaffnet Widerstand gegen die serbischen Sicherheitskräfte. Als die internationalen diplomatischen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts erfolglos blieben, erfolgten 1999 Luftangriffe durch NATO-Kräfte auf militärische Einrichtungen in Belgrad, die durch das Kumanovo-Abkommen beendet wurden.

Daraufhin wurde in Kosovo gemäß der Resolution 1244 des UN- Sicherheitsrats ein internationales Protektorat eingerichtet, das Serbien die Kontrolle über das Gebiet entzog und einen Friedens- und Wiederaufbauplan für das Gebiet vorlegte. Mit der Resolution wurde die internationale Übergangsverwaltungsmission UNMIK eingerichtet. Der Vorschlag des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari für ein umfassendes Abkommen zur Lösung der Kosovo-Statusfrage wurde 2007 in Prishtina angenommen, in Belgrad jedoch abgelehnt. Da Russland im UN-Sicherheitsrat die serbische Position unterstützte, wurde keine Vereinbarung über die künftige Regierungsführung getroffen und Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 in Absprache mit zahlreichen westlichen Partnern seine Unabhängigkeit.

Laut dem rechtlich nicht bindenden Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs von 2010 ist die Unabhängigkeit Kosovos kein Verstoß gegen das Völkerrecht. Schon dieser Satz zeigt, die delikate die Aushandlung des staatlichen und nationalen Status' Kosovos nach wie vor ist. Die Folgen dieser Pattsituation haben großen Einfluss auf das Land, das dadurch von vielen internationalen Gremien ausgeschlossen wird, und dessen Bürger:innen infolgedessen in ihren Rechten und Freiheiten eingeschränkt sind. Und auch internationale Akteure berufen sich immer wieder auf den Präzedenzfall Kosovo, etwa die spanische Regierung in ihrem Kampf gegen katalanische Unabhängigkeitsbestrebungen, oder Russland in seinem Narrativ zu den Kriegen in der Ukraine und Georgien.

Die Frage, ob es sich bei Kosovo um einen Staat, eine Nation, oder nur um ein Territorium handelt, ist also umstritten. Trotzdem wurden in kaum einem anderen Land der Welt mehr internationale Gelder und Bemühungen für den Staatsaufbau aufgewendet. Diesen liegen jeweils eigene Interessen und Strategien zugrunde und sind intern wie extern hochumstritten.

Im Zuge der Unabhängigkeitserklärung bekräftigte die EU 2008 ihre Bemühungen und entsandte die zivile Mission EULEX Kosovo, um Reform und Aufbau der Justiz- und Polizei-strukturen zu unterstützen und die Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Sie wurde mit weitreichenden Exekutivbefugnissen ausgestattet, wie etwa der Verfolgung organisierter und interethnischer Kriminalität, Kriegsverbrechen und Korruption hochrangiger Beamter. Strategische Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen dem Europäischen Rat und der EU-Kommission begrenzten jedoch von Anfang an den Umfang der Mission und ihre Legitimität. Aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der Konflikt-parteien zu den Abwicklungsplänen wurde der Übergang von UNMIK zu EULEX erschwert und es entstanden Parallelstrukturen und sich überschneidende Zuständigkeiten.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde 2009 der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) eingerichtet, ein diplomatisches Korps, das seit 2010 auch internationale Missionen und Vertretungen verwaltet. Gleichzeitig ist der EAD für die Normalisierungsverhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina zuständig und wurde in dieser Doppelrolle angesichts der internen Uneinigkeit über den Status Kosovos von Anfang an kritisiert. Außenpolitische Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit im

Europäischen Rat, was den fünf EU-Staaten, die die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennen, großes Gewicht verleiht.

Deshalb, wie auch aufgrund der Wichtigkeit dieser für die politische Ausrichtung Kosovos, liegt der Fokus dieser Arbeit auf dem normativen Ansatz der Europäischen Union und ihren Einfluss auf die Entwicklung in Kosovo ab 2008. Dabei zeige ich Reibungen und Brüche zwischen Zielen und Erfolgen, Innen- und Außenpolitik, geopolitischen Ansprüchen und nationalen Kontroversen, basierend auf einer umfassenden Analyse über die vergangenen 20 Jahre.

AUFBAU

Die Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile, von denen der erste einen explorativ-theoretischen Rahmen schafft und geschichtliche, politische, soziale und rechtliche Hintergründe rivalisierender Nationalismen in Kosovo erklärt. Im Zentrum stehen pan-albanische und großserbische Bestrebungen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts sowie die weitreichenden Konsequenzen internationaler Entscheidungen für diese. In Jugoslawien wurden separatistische Tendenzen zwar systematisch unterdrückt und durch die Gewährung von Autonomie gemindert, dennoch spielten auch in dieser Zeit ethnonationalistische Narrative insbesondere in Kosovo eine wichtige Rolle.

Die Einschränkung albanischer Autonomie und Freiheit durch die Milošević-Regierung in Belgrad ab 1989 wirkt auf den ersten Blick wie eine Rückkehr zu Debatten und Konflikten vor dem zweiten Weltkrieg und basierte auf ähnlichen völkischen Narrativen. Mit dem Ausbruch der Jugoslawienkriege übernehmen wiederum externe Akteure die politischen Verhandlungen bis hin zum aktiven militärischen Eingriff in den Kosovo-Konflikt 1999 und die Schaffung eines UN-Protectorats. Wie ich im dritten Abschnitt darlege, haben dadurch entstandene parallelen Strukturen und Verhandlungen über die Staatlichkeit Kosovos die Aushandlung lokaler Nationalismen wesentlich beeinflusst und tun dies bis heute. Dabei spielt das Spannungsfeld zwischen dem Ideal einer inklusiven Staatlichkeit ungeachtet ethnischer Merkmale und dem Fokus auf territorialen Fragen eine entscheidende Rolle.

Im zweiten Teil der Arbeit betrachte ich die gegenwärtigen Akteure und Narrative kosovarischer Staatlichkeit und nationaler Identität empirisch-analytisch. Aufbauend auf der Analyse offizieller Dokumente und begleitender Literatur sowie Expert:innen-Interviews betrachte ich die Kontroverse um die ‚Westbalkan-Politik‘ der Europäischen Union und die besondere Rolle Kosovos darin. Anschließend nehme ich eine Aufstellung der wichtigsten Akteure (Stakeholder) in der Verhandlung nationaler Identitäten in Kosovo vor und zeige, mit welchen identitätspolitischen Strategien sie Einfluss auf den State- und Nationbuilding-Prozess nehmen. Der Begriff ‚Identitätspolitik‘, ursprünglich geprägt vom Combahee River Collective (1983) zur Bekämpfung systemischer Unterdrückung von Minderheiten, wird hier erweitert benutzt für die Mobilisierung auf Basis einer (vermeintlichen) kollektiven Identität und kann ethnische, religiöse, sprachliche, geschichtliche, ethische und territoriale Aspekte beinhalten.

Im letzten Abschnitt diskutiere ich die ‚europäische Perspektive‘ Kosovos auf Basis der im Hauptteil herausgearbeiteten Erkenntnisse über die Auswirkungen externer Identitäts- und Geopolitik. Alle politischen Parteien und eine große Mehrheit der Bevölkerung bekennen sich zu einem EU-Beitritt, der jedoch im Streit um die Anerkennung der kosovarischen Staatlichkeit selbst zwischen den Mitgliedsstaaten aktuell nicht absehbar ist. Aufbauend auf der Überzeugung, dass die hier untersuchten Debatten sich keinesfalls nur auf den Fall Kosovos beschränken, sondern im Zentrum der Fragen europäischer Identität stehen, plädiere ich für eine differenzierte Betrachtung der Umstände abseits ethnonationalistischer Vereinfachungen. Im 21. Jahrhundert beschäftigen die Menschen in Kosovo die gleichen Herausforderungen wie alle europäische Bürger:innen. Daher wird es Zeit, dass die EU Abstand nimmt von widersprüchlichen Nachbarschaftsnarrativen und sich um gesamteuropäische Antworten auf globale Fragen bemüht. Das soll nicht heißen, dass Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung zu negieren sind. Vielmehr geht damit die Überzeugung einher, dass

Narrative alter geopolitischer Konflikte für eine nachhaltige Europäische Integration zu-gunsten gemeinsamer politischer Herausforderungen langfristig in den Hintergrund rücken müssen.